



Postanschrift:

Landkreis Oder-Spree, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow

Bereich: Büro des Landrates
Dienstgebäude: Beeskow, Breitscheidstraße 7
Haus B, Zimmer 204
Telefon: 03366 35-1001/35-1002
Telefax: 03366 35-1011

buero.landrat@landkreis-oder-spree.de

Anfrage der Fraktion Die Linke zur infrastrukturellen Einbindung der Tesla-Ansiedlung in Grünheide

1. Wie hat die Landesregierung auf das von der Steuerungsgruppe des Landkreises erarbeitete Papier reagiert?

Eine unmittelbare Reaktion unter Bezugnahme auf die in unserer Studie aufgeworfenen Fragen hat die kommunale Steuerungsgruppe bislang nicht erhalten – weder vom Unternehmen Tesla, welches ja das vitalste Interesse an der Klärung der infrastrukturellen Probleme haben müsste, noch von den inhaltlich angesprochenen Ressorts der Landesregierung.

Um mir hier im Nachhinein keine Versäumnisse nachsagen zu lassen, habe ich regelmäßig auf eine Klärung der aufgeworfenen Fragen hingewirkt:

- In den Taskforce-Sitzungen bzw. den Telefon- und Videoschaltkonferenzen,
- in unseren Steuerungsgruppensitzungen,
- bei den Vertretern von Tesla direkt,
- in der Anhörung des Infrastrukturausschusses des Brandenburgischen Landtags,
- in Gesprächen mit dem Wirtschaftsminister Prof. Dr. Steinbach und dem Minister Beermann sowie gegenüber dem Staatssekretär Herrn Genilke.

Ich habe dabei auch zu vermitteln versucht, dass dies alles keine Fragen seien, die ausschließlich einen Landrat beschäftigen, sondern dass mir Bürgermeister und Amtsdirektoren zwischenzeitlich bedeutet hätten, dass kaum eine Gremiensitzung ohne dieses Thema bestritten würde und auch zahlreiche Bürger bzw. Initiativen Antworten von ihnen erwarteten. Sie seien diesbezüglich aber nicht auskunftsfähig, da sie mit Ausnahme des Bürgermeisters Christiani mit Blick auf die aufgeworfenen Infrastrukturprobleme bislang von der Landesseite keine Rückmeldung erhalten hätten.

Sprechzeiten:
Di./Do. 9-12; 13-18 Uhr
Mo./Fr. nach Vereinbarung
Mi. geschlossen

Telefon: 03366 35-0
Telefax: 03366 35-1111
Internet: www.landkreis-oder-spree.de
E-Mail: kreisverwaltung@landkreis-oder-spree.de

Bankverbindung: Sparkasse Oder-Spree
BLZ: 170 550 50 Konto: 2200601177
BIC: WELADED1LOS IBAN: DE43 1705 5050 2200 6011 77
Umsatzsteuer ID-Nr.: DE162705039

Aus diesem Grunde habe ich den Gesprächswunsch seitens des Bürgermeisters Pilz und des Amtsdirektors Schröder im Rahmen eines Gesprächs am 24. November mit Minister Prof. Dr. Steinbach und Minister Beermann an die Landesebene übermittelt.

Dieser Termin konnte coronabedingt erst am 4.2.2021 als Videokonferenz stattfinden. In diesem Rahmen haben Bürgermeister Pilz, Amtsdirektor Schröder und Bürgermeister Christiani die Gelegenheit genutzt, ihre Klärungsbedarfe vorzutragen. Herr Minister Beermann hat Herrn Bürgermeister Pilz und Herrn Amtsdirektor Schröder zugesagt, das Gespräch bilateral fortzusetzen.

Beide Minister machten deutlich, dass sie das Papier der Steuerungsgruppe in ihre Häuser zur Bearbeitung gegeben hätten und die darin aufgeworfenen Fragen Eingang in die weiteren Planungsschritte gefunden hätten. Im Hinblick darauf, dass es bei der erwarteten Rückmeldung Missverständnisse gegeben habe, wurde von beiden Ministern eine intensivere Kommunikation zugesagt.

Am 2.2.2021 fand zur gleichen Thematik ein klärendes Gespräch mit den Vertretern von Tesla statt. Auch hier wurde insbesondere für die Fragen, die über das Genehmigungsverfahren hinausreichen, ein engerer Austausch miteinander vereinbart.

Eine mittelbare Reaktion auf den in der Studie unterbreiteten Vorschlag, die verkehrliche Infrastruktur durch einen forcierten, möglichst standortnahen Wohnungsbau zu entlasten, kann darin gesehen werden, dass Minister Beermann im Sommer 2020 gutachterliche Erhebungen für ein Umfeldkonzept in Auftrag gab, welches Klärung darüber herbeiführen soll, inwieweit ein Zielabweichungsverfahren von den Vorgaben der gemeinsamen Landesplanung erforderlich werden würde. Die Ergebnisse sollen Ende März 2021 vorliegen.

Anders gestaltet sich die Situation in der Gemeinde Grünheide. Nach Auskunft des Bürgermeisters Christiani sieht er sich seitens des Wirtschaftsministeriums und des Infrastrukturministeriums insbesondere auch seitens der Gemeinsamen Landesplanung hervorragend unterstützt, was die unmittelbare Einbindung des Tesla-Grundstücks in die umgebende Straßeninfrastruktur anbelangt. Hier laufen gegenwärtig die Bauarbeiten für Ersatzparkflächen am Bahnhof Hangelsberg. Des Weiteren wird der Bürgermeister bei der Ausweisung von potentiellen Wohnbauflächen aktiv unterstützt. Auch hinsichtlich der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen sei man miteinander im Gespräch.

2. **Bis wann ist mit verbindlichen Entscheidungen der zuständigen Aufgabenträger und/Land zur Ertüchtigung der Infrastruktur zu rechnen?**
3. **Welche konkreten Maßnahmen sind bis zum absehbaren Produktionsbeginn in der Tesla-Fabrik in Grünheide zur Ertüchtigung der Infrastruktur zu erwarten?**

Mit Blick auf das vorstehend Ausgeführte lässt sich der gegenwärtige Planungsstand ausführlich der Presse entnehmen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen, die der Staatssekretär im MIL, Rainer Genilke, am 10. Dezember 2020 im Infrastrukturausschuss des Landtages gemacht hat. Die Märkische Oderzeitung berichtet am 12. Dezember unter der Überschrift "Weg für 40.000 Beschäftigte" über diese Einlassungen.

Der Märkischen Oderzeitung zufolge äußert sich der Staatssekretär dahingehend, dass ein Großteil, der in der Endausprägung 40.000 Mitarbeiter umfassenden Belegschaft, über einen neu zu errichtenden Bahnhof Fangschleuse auf das Werksgelände kommen solle. Wo dieser genau gebaut werden soll, sei noch nicht bekannt, da Tesla sich noch nicht auf einen genauen Nordzugang zu seinem Gelände festgelegt habe.

Über den Baubeginn oder gar die Fertigstellung des neuen Bahnhofs machte Staatssekretär Genilke keine Angaben. Der jetzige Bahnsteig in Fangschleuse solle zunächst provisorisch verlängert werden. Allerdings gäbe es erhebliche Probleme mit der erforderlichen Bahnsteiglänge.

Er erklärte darüber hinaus, dass der Bau eines Güterbahnhofes für die Autofabrik zwischen Tesla und der Bahn, ohne Landesbeteiligung, verhandelt werde.

Befragt nach Planungen für eine Ortsumgehung Gosen-Neu Zittau und eine Berliner Anbindung südlich vom Müggelsee, verwies der Staatssekretär darauf, dass im zuständigen Landesbetrieb das Personal fehle, das Geld knapp sei und die vorhandenen Kapazitäten auch für andere wichtige Vorhaben, wie in Schwarzheide, gebunden seien.

In einem sehr ausführlichen Interview mit Infrastrukturminister Guido Beermann in der Märkischen Oderzeitung am 28. Januar 2021 werden die Ausführungen von Staatssekretär Genilke nochmals präzisiert: Was den Bahnhof anbelange, habe die Landesregierung der Deutschen Bahn AG den Auftrag erteilt, die Verlegung des Bahnhofs zu planen. Dazu werden jetzt Untersuchungen angestellt – für die Bemessung der Bahnsteige und für die vorgesehene Unterführung. Für Planung und Bau sind im Idealfall mindestens fünf Jahre vorgesehen.

Was die Verkehrssituation in Erkner anbelangt, äußert sich der Minister folgendermaßen: „Die Probleme in Erkner bestehen seit langem.

Es gab in den letzten 25 Jahren Versuche, eine Möglichkeit für eine Umgehungsstraße zu finden. Jetzt eine schnelle Lösung anzukündigen, wäre unseriös.

Wir wollen zusammen mit der Region schauen, was möglich ist. Im ersten Schritt geht es aber darum, die Autobahn für den Verkehr zu Tesla zu nutzen“ und sie böte, so der Minister, die Chance, im Zusammenspiel mit dem Schienenverkehr den Verkehrsdruck auf Erkner zu mildern.

Hinsichtlich der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene verweist der Minister auf ein Gesamtkonzept von Tesla und den beteiligten Bahnunternehmen.

In diesem Jahr sei vor allem der Ausbau der L 38 wichtig. Südlich des Bahnhofs Fangschleuse werden darüber hinaus bis zur Betriebsaufnahme die Haltebuchten für den öffentlichen und den Werksshuttleverkehr hergestellt.

Außerdem wird mit den Planungen für den Ausbau der A 10 inklusive der neuen Anschlussstelle Freienbrink-Nord sowie der Netzergänzung L 386 begonnen.

Der Minister vermerkt positiv, dass sich der Landkreis Oder-Spree intensiv mit der Frage eines Fahrradkonzeptes auseinandersetze.

Auf den Vorschlag der kommunalen Steuerungsgruppe, zur Entlastung der Verkehrsinfrastruktur den Wohnungsbau stärker voranzutreiben, verweist der Minister auf ein von ihm gesehenes Potenzial von ca. 29.000 Wohnungen auf 600 ha Land zwischen Berlin-Köpenick und Frankfurt/Oder. Im Rahmen der Gutachten zum Umfeldkonzept würden diese Potenzialflächen mit Blick auf den zeitlichen Bebauungshorizont untersucht.

Darüber hinaus äußert sich der Minister hinsichtlich seiner Erwartungen, was die Zuzüge in die Brandenburger Region anbelangt und gibt hier einen Prognosewert mit 6700 Zuzügen an. Diese würden sich zwischen dem Berliner Umland und Frankfurt/Oder verteilen. Es erfolge aber kein Zuwachs über Nacht, sondern dieser werde in einem Prozess über 2 - 3 Jahre erfolgen.

4. Welche Aufgaben kann der Landkreis innerhalb seiner Zuständigkeit bis zum Produktionsbeginn in Grünheide erfüllen?

Hinsichtlich der Dinge, die der Landkreis aktiv gestalten und beeinflussen kann, hat Sie die Verwaltungsleitung fortlaufend informiert.

Insofern haben Herr Buhrke und jetzt Herr Gehm immer wieder über die kreisliche Investition der Erstellung von etwa 70 Wohneinheiten in Schöneiche berichtet. Die Planungen hierzu sind sehr konkret im Gange. Wir werden im nächsten Kreistag den Baubeschluss herbeiführen und für September 2021 soll mit der Errichtung begonnen werden.

Dieses Projekt sehe ich als ein Leuchtturmprojekt, mit einer klaren Signalwirkung an die noch zögernden Gemeinden in der Umgebung, sich diesem Beispiel anzuschließen und ihrerseits zu einem ausreichenden Wohnungsangebot beizutragen. Der Landkreis Oder-Spree hat sich mit den wohnbaulichen Aktivitäten sehr weit vorgewagt. Ich hoffe, dass der Appell und die Botschaft richtig verstanden werden und weitere Initiativen beflügeln werden.

Des Weiteren wird in diesen Wochen der neue Nahverkehrsplan in den Gremien des Kreistages vorgestellt und diskutiert. Auch hier ist der Landkreis mit einer entsprechenden Busanbindung des Werksgeländes initiativ geworden. Nach Auskunft des zuständigen Beigeordneten, Herrn Buhrke, werden wir uns dabei auch so aufstellen, dass wir flexibel auf entsprechende weitere Bedarfe reagieren können.

Wir denken darüber hinaus auch in Richtung Bewusstseinswandel, was die Berücksichtigung von Ökologie und einem neuen Mobilitätsverhalten anbelangt. In diesem Zusammenhang entwickelt das Dezernat von Herrn Gehm ein Radwegkonzept, welches zumindest bei Bewohnern, die sich in unmittelbarer Nähe der Fabrik ansiedeln werden, auf großen Anklang stoßen wird. Allerdings sind wir nicht so vermessen zu glauben, dass wir damit die wesentlichen Infrastrukturprobleme bzw. Mobilitätsfragen im Zusammenhang mit dem nahenden Produktionsstart bewältigen können. Wir wollen hier einen unterstützenden Beitrag leisten und gleichzeitig ein neues Denken, welches in der kommenden Mitarbeitergeneration bereits sehr verbreitet sein dürfte, hier aktiv aufgreifen.

Darüber hinaus werden wir die Kreisstraßen, die insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Produktionsstart stärker frequentiert werden, immissionsschutzorientiert ertüchtigen müssen.

Auch vor diesem Hintergrund werden wir weiterhin darauf drängen, unnötige Mobilität zu vermeiden und das Wohnraumangebot in den umliegenden Städten und Gemeinden zu erweitern.

Das bedeutet aber gleichzeitig, dass es uns gelingt, eine gute Abwägungsbalance zwischen den unterschiedlichen Belangen herzustellen.

Dabei sollte es keine Denkverbote geben. Hier sind insbesondere die Dezernate, die sich mit der Zukunft des ländlichen Raums, dem ÖPNV und den Umwelt- und Baubelangen auseinandersetzen, in besonderer Weise gefragt.

Das bedeutet zugleich, dass ein intensiver Dialog zwischen den fachlich-inhaltlich berührten Kreistagsgremien und den entsprechenden Verwaltungsbereichen geführt werden muss.